

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- **EUSALP trägt zu grenzüberschreitender Kooperation bei** 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- **EU-Investitionsplan „EFSI“ verlängert und aufgestockt** 3

Rat der Europäischen Union

- **Erste operative Schritte in Richtung einer Europäischen Verteidigungsunion** 4
- **Rat einigt sich auf Position bei der Barrierefreiheits-RL** 4

Europäische Kommission

- **Paket zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion** 5
- **Kommission legt Migrationsfahrplan vor** 5
- **Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen EU und Japan** 6
- **Neue Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich** 6
- **Kommission genehmigt Beihilfe für Schienenverlagerung in Südtirol** 7
- **Sanktionen der Internationalen Eislaufunion gegen SportlerInnen verletzen EU-Wettbewerbsrecht** 7

Ausschuss der Regionen

- **Diversity4Kids: Interkultureller Dialog und Vielfalt in Tiroler Schulen** 8

Sonstiges

- **Brexit-Empfehlung der Kommission an den Rat** 9
- **Grundrechteagentur: Minderheiten sind Diskriminierung und Hass ausgesetzt** 9
- **Euregio Umweltpreis 2017 für aktiven Umweltschutz** 10
- **Startschuss für das Europäische Jahr des Kulturerbes 2018** 10

In eigener Sache

- **HBLFA Kematen zu Gast in Brüssel** 11

Ihre Stimme in Europa

- **Laufende Konsultationen** 12

Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen 13

Tagesordnungen der Institutionen 14

Impressum und Abbildungsverzeichnis 14

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

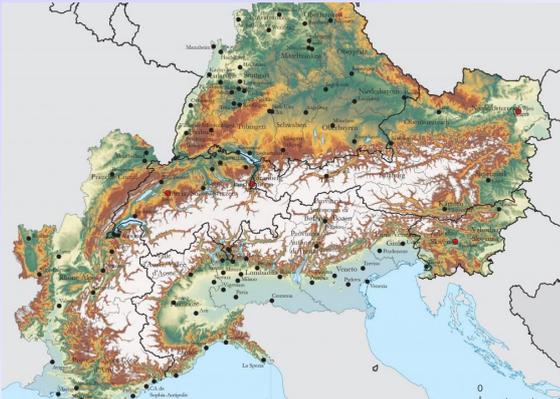
Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

EUSALP trägt zu grenzüberschreitender Kooperation bei

Der Ausschuss für Regionale Entwicklung des Europäischen Parlaments hat einen Bericht über die Umsetzung der makroregionalen Strategien (MRS) der EU verabschiedet. Insgesamt liefert das Dokument eine positive Zwischenbilanz der bestehenden vier MRS (d.h. Ostseeraum, Donaauraum, Region Adria-Ionisches Meer und Alpenraum).



Der Bericht kommt zum Schluss, dass die MRS wesentlich zu grenzüberschreitender und sektorübergreifender Kooperation beitragen. Dabei wird das Prinzip der „3 NOs“ – die Vermeidung neuer Regulierungen, Institutionen und Finanzierungsströme – als wichtiges Element der MRS betont. Von den MRS selbst wird diese gebetsmühlenartig wiedergegebene, undifferenzierte und von den aktuellen Entwicklungen in der Praxis ohnedies überholte Feststellung aus der Anfangszeit der MRS allerdings nicht so gesehen bzw. als „3 konstruktive YES“ uminterpretiert.

Laut dem Bericht sei die makroregionale [EU-Strategie für den Alpenraum \(EUSALP\)](#) ein Beweis dafür, dass diese Konzepte auch auf stärker entwickelte Regionen erfolgreich angewandt werden können. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass die EUSALP von vielen Grenzen durchzogen wird und der Abbau dieser Hindernisse eine Grundvoraussetzung für eine funktionierende Zusammenarbeit ist (etwa im Arbeitsmarkt und bei KMUs).



Außerdem wird festgehalten, dass der Alpenraum ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt und gleichzeitig einer der größten, einzigartigen Natur- und Erholungsräume ist. Deshalb müsse nach nachhaltigen und aufeinander abgestimmten Verkehrskonzepten gesucht werden.

Dies erscheint in Einklang mit den Plänen des Landes Tirol, das 2018 für ein Jahr den Vorsitz in der EUSALP übernehmen wird. So hat sich [Landeshauptmann Günther Platter](#) Ende November beim Jahresforum der EUSALP dafür ausgesprochen, das Thema Verkehr und Mobilität in den Mittelpunkt zu rücken: *„Der Verkehr muss sich solidarisch über alle Alpenübergänge aufteilen und wir müssen die Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene voranbringen.“*

Die Auftaktveranstaltung zur Tiroler EUSALP-Präsidentschaft wird am 7. Februar 2018 im Congresspark Igls stattfinden.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

EU-Investitionsplan „EFSI“ verlängert und aufgestockt

Im Rahmen der letzten Plenartagung im Jahr 2017 in Straßburg hat das Europäische Parlament am 12. Dezember dafür gestimmt, den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) bis zum Jahr 2020 zu verlängern und mit zusätzlichen Mitteln auszustatten.

Ziel des EFSI 2.0 (oder auch „Juncker Plan“) ist es, bis zu 500 Mrd. Euro an Investitionen zu mobilisieren. Indem innovative Projekte mit hohem Risikoprofil finanziert werden, die andernfalls nicht unterstützt würden, sollen Marktversagen und Investitionslücken angegangen werden. Die Investitionen sollen auch die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern, insbesondere für junge Menschen und wirtschaftlich schwächere EU-Regionen.

Zur Förderung regionaler, lokaler und kleinerer Projekte sehen die neuen

Vorschriften eine größere Rolle für die Europäische Plattform für Investitionsberatung vor, dessen Präsenz vor Ort gestärkt werden soll. Zudem soll die Europäische Investitionsbank die Auswahl und Überwachung kleiner Projekte an nationale Förderbanken delegieren. Diese sollen in der Lage sein, auch regionale, sektorale und grenzüberschreitende Projekte mit abzudecken.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Erste operative Schritte in Richtung einer Europäischen Verteidigungsunion

Der Rat "Auswärtige Angelegenheiten" hat am 11. Dezember den Beschluss zur förmlichen Einrichtung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) angenommen ([in Englisch](#)). Es geht u.a. um Ausbildung, verbesserte Einsatzfähigkeit und Krisenreaktion sowie ein medizinisches Hauptquartier.

PESCO ist ein im Vertrag von Lissabon vorgesehenes Instrument, das es interessierten Mitgliedstaaten ermöglicht, in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit enger zusammenzuarbeiten. Eine entsprechende [Mitteilung](#) hatten 23 Mitgliedstaaten, darunter auch Österreich, bereits am 13. November übergeben. Mittlerweile haben sich auch Irland und Portugal der Initiative angeschlossen, sodass nunmehr insgesamt 25 Länder daran teilnehmen.

Zum Start haben sich die MinisterInnen auf eine Liste von 17 Projekten ([in Englisch](#))

geeinigt. Österreich wird sich zunächst an vier Projekten der PESCO beteiligen. Laut Generalmajor [Johann Frank](#) handle es sich dabei um ein „Cyberprogramm“ mit Griechenland und um ein Programm im Bereich Katastrophenhilfe mit Italien. Mit Deutschland arbeite man außerdem am Aufbau eines Kompetenzzentrums von EU-Trainingsmissionen und an einem Programm zur Verbesserung des grenzüberschreitenden militärischen Transports.

[Mehr Informationen](#)

Rat einigt sich auf Position bei der Barrierefreiheits-RL

Der Rat in der Formation Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz hat sich auf seine Grundsatzhaltung in Bezug auf den „Europäischen Rechtsakt zur Barrierefreiheit“ geeinigt ([in Englisch](#)). Dies ebnet den Weg für abschließende Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament, das seinen Standpunkt bereits im September 2017 kundtat.

Aufgrund der immer älter werdenden Bevölkerung sei damit zu rechnen, dass die Zahl der Menschen mit Behinderung in der EU von 80 Mio. auf 120 Mio. bis 2020 ansteigen wird. Vor diesem Hintergrund soll der Entwurf für einen „Europäischen Rechtsakt zur Barrierefreiheit“ Bestimmungen für verbesserte Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen festlegen. Es geht dabei u.a. um Bank-, Fahrausweis- und Check-In-Automaten, Computer und Betriebssysteme sowie Bankdienstleistungen.

Die Kommission begrüßte die Grundsatz-einigung, bedauerte aber bspw., dass die Haltung des Rates keine harmonisierten Vorschriften umfasst, die Behörden beim Kauf barrierefreier Produkte und Dienstleistungen oder bei der Verwendung von EU-Mitteln anwenden müssen.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Paket zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion

Am 6. Dezember hat die Kommission einen Fahrplan und mehrere konkrete Maßnahmen vorgestellt, mit denen die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) vorangetrieben werden soll.

Laut Kommission soll der Inhalt des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der WWU in das EU-Recht übernommen werden (vgl. [Richtlinienvorschlag](#)). Außerdem will die Kommission einen Europäischen Währungsfonds (EWF) einrichten, der im EU-Rechtsrahmen verankert ist und auf der bewährten Struktur des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) fußt (vgl. [Verordnungsvorschlag](#) und Annex [in Englisch](#)). In beiden Fällen sollen sich Parlament und Rat bis Mitte 2019 einigen.

Im Übrigen soll der EU-Haushalt gemäß einer [Mitteilung](#) künftig bestimmte Haushaltsfunktionen übernehmen. Dies umfasst u.a.

eine Stabilisierungsfunktion, um bei großen asymmetrischen Schocks die Investitionstätigkeit stützen zu können. Das Paket enthält noch eine weitere [Mitteilung](#), in der Funktionen eines europäischen Wirtschafts- und Finanzministers erörtert werden. Der Amtsträger könnte gleichzeitig Vizepräsident der Kommission und Vorsitzender der Euro-Gruppe sein. Eine solche Zusammenführung von Kompetenzen würde zu einer Stärkung der Kohärenz, Effizienz, Transparenz und demokratischen Rechenschaftspflicht beitragen.

[Mehr Informationen](#)

Kommission legt Migrationsfahrplan vor

Im Vorfeld des Migrationsgipfels des Europäischen Rates am 14. Dezember hat die Kommission am 7. Dezember ihren Fahrplan für eine tragfähige Migrationspolitik präsentiert (vgl. [englische Mitteilung](#)).

Die Kommission empfiehlt, die laufenden Arbeiten zu beschleunigen und für rasche Fortschritte bei der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems zu sorgen. Partnerschaften mit Drittländern seien auszubauen und weiterhin legale Wege nach Europa zu schaffen. Außerdem sollen die Staats- und Regierungschefs eine angemessene Finanzierung künftiger Maßnahmen sichern.

Da die Gespräche über die Überarbeitung der Dublin-Verordnung nur langsam vorangehen, könnte eine Lösung darin bestehen, die verpflichtende Umverteilung nur in schweren Krisensituationen anzuwenden und in weniger problematischen Situationen eine Umverteilung aufgrund freiwilliger Verpflichtungen der Mitgliedstaaten vorzunehmen.

[Mehr Informationen](#)



Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen EU und Japan

Am 8. Dezember haben EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström und der japanische Außenminister den erfolgreichen Abschluss der letzten Beratungen zum Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) zwischen der EU und Japan verlautbart.

Im Anschluss an die Grundsatzvereinbarung ([in Englisch](#)), die im Juli dieses Jahres erzielt wurde, hatten die VerhandlungsführerInnen beider Seiten noch die letzten Einzelheiten zu klären, um die endgültige Fassung des Rechtsakts zu erstellen (siehe [vorläufige Texte](#)).

Mit dem WPA wird die Mehrheit der von EU-Unternehmen zu entrichtenden Zölle, die sich auf jährlich rund 1 Mrd. Euro belaufen, sowie eine Reihe regulierungsbedingter Hindernisse beseitigt. Der japanische Markt mit seinen 127 Mio. VerbraucherInnen wird zudem für

wichtige EU-Agrarausfuhren geöffnet und es werden in zahlreichen anderen Sektoren (v.a. in den Bereichen Finanzdienstleistungen, E-Commerce, Telekommunikation und Verkehr) neue Exportmöglichkeiten geschaffen.

Schließlich enthält das WPA auch ein umfassendes Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung und setzt höchste Standards in den Bereichen Arbeit, Sicherheit, Umwelt- und Verbraucherschutz.

[Mehr Informationen](#)

Neue Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich

Am 7. Dezember hat die Kommission drei Klagen beim Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) eingereicht, da Österreich nach ihrer Auffassung bestimmten Verpflichtungen aus dem EU-Recht nicht nachgekommen ist.

Im ersten Fall hat die Kommission vor dem EuGH Klage gegen Österreich erhoben, weil die Bestimmungen für die [Vergabe öffentlicher Aufträge](#) nicht zur Gänze in nationales Recht umgesetzt worden seien. Des Weiteren verklagt die Kommission Österreich wegen zu restriktiver Bestimmungen für die [Erbringung von Dienstleistungen](#) durch Architekten, Ingenieure, Patentanwälte und Tierärzte. Die dritte Klage betrifft die mehrwertsteuerliche Behandlung von [Lizenzgebühren an Kunstwerken](#).

Darüber hinaus fordert die Kommission Österreich noch auf, die [Richtlinie über den Ausbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe](#) vollständig umzusetzen. Diesbezüglich hat Österreich nun zwei Monate Zeit, um der Kommission Umsetzungsmaßnahmen vorzulegen. Andernfalls kann diese beim EuGH Klage erheben.

[Mehr Informationen](#)



Kommission genehmigt Beihilfe für Schienenverlagerung in Südtirol

Die Kommission hat einer Südtiroler Regelung zur Förderung der Güterverkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene zugestimmt. Ausschlaggebend für die Genehmigung war die Erkenntnis, dass die Maßnahme zur Verwirklichung der Verkehrs- und Umweltziele der EU beitragen wird, ohne den Binnenmarktwettbewerb zu beeinträchtigen.

Die Beihilfe hat ein Gesamtbudget von 9 Mio. Euro und läuft bis 2019. Vorgesehen sind Subventionen für Güterbeförderungen, die von Eisenbahnunternehmen und Betreibern multimodaler Verkehrsdienste auf dem Korridorabschnitt zwischen dem Brenner und Salurn durchgeführt werden.

Der Betrag, den die Unternehmen erhalten können, richtet sich danach, in welchem Umfang die externen Kosten (d.h. Umweltverschmutzung, Lärm, Verkehrsüberlastung und Unfälle) sinken, wenn anstatt der Straße die Eisenbahn genutzt wird.

Die Kommission stellte fest, dass die Subvention Vorteile für die Umwelt und die Mobilität mit sich bringt, den Schienenverkehr fördert und auch zur Entlastung der Straßen beiträgt. Sie gelangte deshalb zum Schluss, dass die Maßnahme mit den EU-Vorschriften für staatliche Beihilfen (insbesondere mit den [Leitlinien für staatliche Beihilfen an Eisenbahnunternehmen](#)) im Einklang steht.

[Mehr Informationen](#)

Sanktionen der Internationalen Eislaufunion gegen SportlerInnen verletzen EU-Wettbewerbsrecht

Am 8. Dezember hat die Kommission festgestellt, dass die Zulassungsbestimmungen der Internationalen Eislaufunion (ISU) gegen die EU-Kartellvorschriften verstoßen. Die harten Sanktionen für SportlerInnen bzgl. der Teilnahme an nicht ISU-genehmigten Eisschnelllauf-Wettkämpfen behindern den Wettbewerb.

Die ISU ist der vom Internationalen Olympischen Komitee anerkannte Dachverband für den Eisschnelllauf. Ihre Mitglieder sind die nationalen Eislaufverbände. Nach den geltenden Vorschriften drohen EisschnellläuferInnen, die an nicht von der ISU genehmigten Wettkämpfen teilnehmen, harte Sanktionen bis zu einer lebenslangen Sperre.

Nach Ansicht der Kommission ermöglichen es solche Beschränkungen der ISU, zum Nachteil von SportlerInnen und VeranstalterInnen konkurrierender Wettkämpfe ihre eigenen geschäftlichen Interessen zu verfolgen. Die Vorschriften hindern unabhängige Veran-

stalterInnen etwa daran, eigene Eisschnelllauf-Wettkämpfe zu organisieren, da sie keine Spitzensportler gewinnen können.

Der Beschluss der Kommission verpflichtet die ISU, diese Bestimmungen zu ändern oder aufzuheben. Im Hinblick auf andere (Dach-) Verbände betonte [EU-Wettbewerbskommissarin Vestager](#), dass Sanktionen keinesfalls dazu verwendet werden dürfen, eigene kommerzielle Interessen auf Kosten von SportlerInnen bzw. anderen VeranstalterInnen zu verfolgen.

[Mehr Informationen](#)



Ausschuss der Regionen

Diversity4Kids: Interkultureller Dialog und Vielfalt in Tiroler Schulen

Am 5. Dezember veröffentlichte der Europäische Ausschuss der Regionen eine Pressemitteilung über das Tiroler Projekt „[Diversity4Kids](#)“. Das Projekt fördert Toleranz und bereitet junge Menschen auf ein Leben in einer vielfältigen Gesellschaft vor.

Im Projekt Diversity4Kids sollen Kinder von 8 bis 14 Jahren spielerisch Vorurteile und Ansätze zu Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung erkennen und überwinden lernen. Sie sollen sich mit interkulturellen Unterschieden auseinandersetzen, um die Vorteile von Vielfalt zu verstehen und einzuüben.

Dies sei insbesondere wichtig, da die jüngste Migrationskrise eine Realität für Kinder in ganz Europa ist und mehr und mehr Schulklassen aus SchülerInnen unterschiedlicher Nationalitäten bzw. kultureller Herkunft bestehen.

Bisher hat der Europäische Fonds für regionale Entwicklung über das operationelle Programm "Italien-Österreich" 200 000 Euro in das Projekt investiert und über 1 800 SchülerInnen und 100 LehrerInnen erreicht und wird dies auch in den kommenden Jahren tun. Konkret wurden rund 100 Veranstaltungen organisiert, u.a. Rollenspiele, Theaterworkshops, Biographiearbeiten und Lesungen.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

Brexit-Empfehlung der Kommission an den Rat

Am 8. Dezember hat die Kommission dem Europäischen Rat empfohlen, „ausreichende Fortschritte“ für die erste Phase der Brexit-Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich festzustellen.

Die Empfehlung beruht auf einem Gemeinsamen Bericht ([in Englisch](#)) der UnterhändlerInnen der Kommission und der britischen Regierung, der von Premierministerin May bei einem Treffen mit Kommissionspräsident Juncker gebilligt wurde.

Demnach werden die im Vereinigten Königreich lebenden EU-BürgerInnen ihre heutigen Rechte unverändert behalten und keine komplizierten Verwaltungsverfahren auf sich nehmen müssen. Des Weiteren wurde festgehalten, dass die von der EU-28

eingegangenen finanziellen Verpflichtungen auch von der EU-28 (inkl. Vereinigte Königreich) erfüllt werden müssen. In Bezug auf die Grenze zwischen Irland und Nordirland wurden Zusagen gemacht, um eine harte Grenze zu vermeiden (vgl. [englische Mitteilung](#)).

In weiterer Folge ist der Europäische Rat am Zug. Er muss am 15. Dezember entscheiden, ob „ausreichende Fortschritte“ erzielt worden sind.

[Mehr Informationen](#)

Grundrechteagentur: Minderheiten sind Diskriminierung und Hass ausgesetzt

Die EU-Grundrechteagentur (FRA) hat am 6. Dezember einen neuen Bericht über die Situation ethnischer Minderheiten und MigrantInnen veröffentlicht ([in Englisch](#)), in welchem der mangelnde Fortschritt bei der Bekämpfung von Diskriminierung beanstandet wird.

Demnach laufen viele Angehörige von Minderheiten Gefahr, an den Rand gedrängt zu werden und zu entfremden, obwohl sie sich dem Land, in dem sie leben, ansonsten weitgehend verbunden fühlen und seinen Institutionen vertrauen.

Das Fazit des auf direkten Befragungen der Betroffenen fußenden Berichts ist, dass Diskriminierung, Intoleranz und Hass in der gesamten EU nach wie vor weit verbreitet sind. Die FRA macht deutlich, dass konkrete, schärfere Maßnahmen in Verbindung mit wirksamen Sanktionen ergriffen werden

müssen, um einen rechtlichen Schutz vor Diskriminierung zu bieten.

38 % der Befragten sind in den vergangenen fünf Jahren Opfer von Diskriminierung geworden, wobei NordafrikanerInnen (45 %), Roma (41 %) und AfrikanerInnen aus Ländern südlich der Sahara (39 %) besonders betroffen waren. Am häufigsten kam es bei der Arbeitssuche (29 %) zu einer Diskriminierung.

[Mehr Informationen](#)



Euregio Umweltpreis 2017 für aktiven Umweltschutz

In Bozen wurde am 11. Dezember der [Euregio Umweltpreis 2017](#) vergeben. Ziel des Wettbewerbs ist es, Unternehmen und Privaten in der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino die Möglichkeit zu geben, ihre Umweltideen der Öffentlichkeit vorzustellen und innovative Projekte zu fördern.

Insgesamt 93 Projekte wurden 2017 eingereicht, davon 52 in der Kategorie "Projekte und Ideen" und 41 in der Kategorie "Maßnahmen und Aktivitäten". Für jede Kategorie nominierte eine Jury drei Vorschläge pro Land, aus denen dann die Gewinner gekürt wurden.

In der Kategorie "Projekte und Ideen" kam die Energie Tirol auf Rang 3. Das Unternehmen hatte im Juni 2017 in Zirl die [1. Tiroler Kinder-Klimakonferenz](#) mit 350 VolksschülerInnen aus ganz Tirol organisiert.

In der Kategorie "Maßnahmen und Aktivitäten" wurde der 1. Platz an die Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH verliehen. Im Rahmen des [Mobistar Master Workshops](#) konnten Jugendliche in die Rolle von PolitikerInnen und InteressensvertreterInnen schlüpfen und

sich mit dem Thema der umweltfreundlichen Mobilität auseinandersetzen. Rang 3 in dieser Kategorie erreichte ein weiteres Tiroler Projekt – [Heimische Pflanzen in Tirols Gärten](#) – des Verbands der Tiroler Obst- und Gartenbauvereine "Grünes Tirol". Dabei wurde sich zum Ziel gesetzt, die Vielfalt der heimischen Pflanzen wieder bekannt zu machen und diese zu verbreiten.

Der Leiter der Abteilung Umweltschutz des Landes Tirol, Dr. Kurt Kapeller, betonte, dass uns die Themen des Wettbewerbs noch lange beschäftigen werden. Und weil ökologische Belange nicht vor Grenzen Halt machen würden, sei die grenzüberschreitende Ausrichtung des Euregio Umweltpreises überaus sinnvoll.

[Mehr Informationen](#)

Startschuss für das Europäische Jahr des Kulturerbes 2018

Auf dem Europäischen Kulturforum in Mailand fiel am 7. Dezember der Startschuss für das [Europäische Jahr des Kulturerbes 2018](#).

Laut Tibor Navracsics, der für Bildung, Kultur, Jugend und Sport zuständige EU-Kommissar, stellt das Kulturerbe ein zentrales Element der europäischen Art zu leben dar. Er zählte die vielen Bereiche auf, die Einfluss auf das Kulturerbe nehmen: „Zum Kulturerbe gehören nicht nur Literatur, Kunst und Gegenstände - wir begegnen ihm auch im Handwerk, das wir erlernen, den Geschichten, die wir erzählen, dem Essen, das wir genießen und den Filmen, die wir uns ansehen.“

Anlässlich der Eröffnungsfeier wurde ebenfalls eine Eurobarometer-Umfrage veröffentlicht. Demnach sind acht von zehn EuropäerInnen der Meinung, dass das Kulturerbe nicht nur für sie selbst, sondern auch für ihre Gemeinschaft, ihre Region, ihr Land und die EU als Ganzes Bedeutung hat.

[Mehr Informationen](#)



In eigener Sache

HBLFA Kematen zu Gast in Brüssel



Trotz Wetterkapiolen in Brüssel kam am 11. Dezember eine Klasse der HBLFA Kematen unter der Leitung von Direktor Mag. Ronald Zecha in unsere Vertretung, um sich über unsere Arbeit und die EU zu informieren. Dabei diskutierte Dr. Richard Seeber mit der Gruppe über die Rolle der Landwirtschaft in der EU und andere Themen. Es war ein interessanter Gedankenaustausch.





Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Verbesserung der Sicherheit für Eisenbahnpassagiere](#)

Verkehrsthemen

8 Dezember 2017 - 16 Februar 2018

[Bewertung der EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel](#)

Klimaschutz, Landwirtschaft und Umwelt, etc.

7 Dezember 2017 - 1 März 2018

[Vorschlag zur Einrichtung einer Europäischen Arbeitsmarktbehörde, Initiative für eine europäische Sozialversicherungsnummer](#)

Beschäftigung und Soziales

27 November 2017 - 7 Januar 2018

[Öffentliche Konsultation zu Arzneimitteln in der Umwelt](#)

Umwelt, Chemikalien, Öffentliche Gesundheit, Wasserressourcen, etc.

22 November 2017 - 21 Februar 2018

[EU-Konsultation zu CO2-Ausstoß von LKW](#)

Klimaschutz, Unternehmen und Industrie

20 November 2017 - 29 Januar 2018

[Öffentliche Konsultation über die Methoden zur Festlegung eines Verzeichnisses der Sektoren, von denen angenommen wird, dass sie mit einem erheblichen Risiko einer Verlagerung von CO2-Emissionen behaftet sind, für den Zeitraum 2021–2030](#)

Klimaschutz

20 November 2017 - 12 Februar 2018

[Öffentliche Konsultation zur Initiative zur Begrenzung des Verzehrs von industriellen Transfettsäuren in der EU \(DE\)](#)

Lebensmittelsicherheit

17 November 2017 - 9 Februar 2018

[Öffentliche Konsultation zu Fake News und online verbreiteter Desinformation](#)

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

13 November 2017 - 23 Februar 2018

[Öffentliche Konsultation zur REFIT-Evaluierung der EU-Rechtsvorschriften über Pflanzenschutzmittel und Pestizidrückstände](#)

Lebensmittelsicherheit

13 November 2017 - 12 Februar 2018



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

<u>Energie</u>			
Erneuerbare Energie, CO2 Emissionen, Forschung und Innovation	HORIZON PRIZE – LOW CARBON ENERGY INDUCEMENT PRIZES 2016 - PHOTOVOLTAICS MEETS HISTORY	26.09.2018	€ 750.000,00
Aufbau einer kohlenstoffarmen, klimaresistenten Zukunft	Developing solutions to reduce the cost and increase performance of renewable technologies	31.01.2018	€ 30.000.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu
Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber
Patrick Raschner

Abbildungsverzeichnis

https://www.alpine-region.eu/sites/default/files/uploads/inline/eusalp_logo_color-1.png

https://www.alpine-region.eu/sites/default/files/styles/full_page/public/uploads/page/20/gallery/eusalpeumap.jpg?itok=qhUxv4MX